



Es gilt das gesprochene Wort.

**Rede von
Dr. Gerhard F. Braun**

**Präsident der Landesvereinigung
Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz (LVU)**

**auf dem
LVU-Unternehmertag 2016**

am 31. Mai 2016

**im Kurfürstlichen Schloss
zu Mainz**

Sehr geehrte Gäste,

Sie haben es an der Begrüßung unserer Ehrengäste sicher gemerkt: Einige Namen gehen mir noch nicht ganz flüssig über die Lippen. Sie sehen dies mir sicher nach: Der 13. März und in Folge der 18. Mai haben zu einer ganzen Reihe von Veränderungen geführt. Das zeigt sich auch an der Zusammensetzung unseres heutigen Unternehmer-Tages, für einige von Ihnen ist er sogar eine Premiere. Fünf Parteien sind in den Landtag eingezogen. Drei von ihnen bilden nun seit wenigen Tagen die neue Regierung. Beides gab es in unserem Land noch nicht.

In den folgenden Minuten möchte ich auf das eingehen, was sich die drei Regierungsparteien vorgenommen haben. Vorweg schicken möchte ich zuvor ein Blitzlicht zur Konjunktur. Im vergangenen Jahr erreichte das Wachstum im Land 1,4 Prozent. Damit lag die Entwicklung ein weiteres Mal unter dem Bundesdurchschnitt. Deutschland stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,7 Prozent.

Der Beitrag der Industrie war minimal. Getragen wurde das Wachstum im Wesentlichen von den Dienstleistungsunternehmen. Gleichzeitig lief der Exportmotor weiter rund. Ausfuhren im Wert von über 50 Milliarden Euro bedeuten einen neuen Rekord. Die wichtigsten Exportmärkte Frankreich und die USA liegen mit jeweils fast zehn Prozent gleichauf.

Bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung standen die Zeichen weiter auf Wachstum. Der Beschäftigungsaufbau hält also an. Gleichzeitig gilt auch hier: Die Dynamik ist nur unterdurchschnittlich. Zu beachten ist, dass sich die Anzahl der offenen Stellen, gerade auch auf dem Ausbildungsmarkt, noch einmal erhöht hat. So weit zu einigen wenigen volkswirtschaftlichen Kennziffern.

Und nun zum Koalitionsvertrag. Um eines gleich vorwegzuschicken: Solch ein Vertrag, gerade von drei Partnern, ist selbstverständlich von Kompromissen gekennzeichnet.

Dieser Vertrag ist nicht nur Arbeitsgrundlage der Regierung, er muss den drei Partnern auch Luft zum Atmen lassen. Ein ehemaliger SPD-Kanzlerkandidat würde formulieren: Er muss den Akteuren Beinfreiheit lassen. Wenig verwunderlich ist daher, dass wir Licht und Schatten erkennen. Zu den erhellenden Passagen gehört ohne Zweifel die folgende:

„Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist es, die Rahmenbedingungen für die rheinland-pfälzischen Unternehmen so auszugestalten, dass die Unternehmen in unserem Land insbesondere ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit stetig steigern können. (...) Wir wollen, dass sich die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln kann und verstärkt in den Standort investiert wird. Daher werden wir die Rahmenbedingungen in den kommenden fünf Jahren entsprechend setzen.“

Unter diese Passage hätte auch ich meine Unterschrift setzen können!

Es ist das, was wir seit langem fordern: eine Politik, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Blick hat und die Unternehmen am Standort investieren lässt. Und richtig ist auch die Konzentration auf „Rahmenbedingungen“: Das entspricht dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft.

Diese will, anders als viele Kritiker behaupten, ja nicht einen schwachen oder „Nachtwächterstaat“. Nein, im Gegenteil: Die soziale Marktwirtschaft erkennt gerade die wichtige Rolle des Staats an. Aber diese Rolle endet genau bei den Rahmenbedingungen.

Wenn wir uns Wirtschaft als darstellende Kunst vorstellen, baut die Politik das Theater einschließlich der Kulissen. Sie mischt sich aber niemals in die Inszenierung ein und gibt schon gar nicht vor, was gespielt wird! Politik ist nicht der bessere Unternehmer. Überzeugende Belege dafür gibt es gerade auch in unserem Bundesland!

Ein weiteres Zitat aus dem Koalitionsvertrag:

„Die Parteien betonen, wie wichtig industrielle Wertschöpfung für Wohlstand, Beschäftigung, Ausbildung und Innovationen sind.“

Wir werden die neue Landesregierung gerne an dieses Bekenntnis erinnern, sollte dies notwendig sein. Zu diesem Bekenntnis passt schon mal, dass der Koalitionsvertrag keine eigenen energie- oder klimapolitischen Landesziele vorgibt. Die Klimapolitik der Vorgängerregierung habe ich häufig kritisiert, auch von dieser Stelle aus. Wir freuen uns, wenn mit der Ampelkoalition Realismus und Vernunft einkehrt. Energie- und Klimapolitik sind keine Landesthemen! Sie gehören auf die bundesstaatliche und europäische Ebene. In keinem Fall dürfen landespolitische Ziele und Vorgaben Wettbewerbsnachteile für hier ansässige Unternehmen bringen.

An anderer Stelle ist die Ampelkoalition hingegen weniger zurückhaltend, sondern vielmehr sehr gestaltend: bei der Infrastruktur. Die Pläne der Koalition in der Verkehrspolitik sind richtig und wichtig für unser Land. Die Aufstockung des Verkehrshaushalts auf durchschnittlich 120 Millionen Euro pro Jahr ist notwendig! Wir haben lange genug den Investitionsstau gerade bei den Straßen beklagt. Gut, dass die Ampelkoalition sich daran macht, diesen Investitionsstau aufzulösen. Vielleicht gibt es in Folge dann auch den einen oder anderen Verkehrsstau weniger.

Zu den im Vertrag genannten Verkehrsprojekten möchte ich im Einzelnen gar nicht eingehen. Wichtig ist für uns: Diese Landesregierung unterstützt aktiv die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans. Das freut uns! Wir brauchen in der Landesregierung keine Bremser, sondern solche, die bei diesen wichtigen Projekten aufs Gaspedal treten. Ich denke beispielsweise an die zweite Rheinbrücke bei Wörth oder den vierspurigen Ausbau der B10. Denn Rheinland-Pfalz ist nicht nur Exportland, es ist auch ein Pendlerland. Unternehmen und ihre Beschäftigten sind auf eine exzellent ausgebaute Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Alle Aktivitäten der neuen Landesregierung, die diese Richtung einschlagen, unterstützen wir ausdrücklich!

Zur Infrastruktur gehört auch die Breitbandversorgung. Das Bekenntnis zur flächendeckenden Verfügbarkeit von 50 Mbit pro Sekunde begrüßen wir.

Umso mehr, da die Koalitionäre selbst anerkennen, dass dieses Ziel nur ein Zwischenschritt zu deutlich höheren Übertragungsraten sein kann.

In der Technologiepolitik hätten wir uns mehr erhofft – und gleichzeitig weniger. Dass dort einzelne „Themenfelder“ identifiziert werden, irritiert uns. Dies widerspricht gerade der an anderer Stelle genannten Prämisse, dass die Politik sich in der Wirtschaftspolitik auf gute Rahmenbedingungen konzentrieren soll. Wir brauchen Technologie-offene Impulse und Instrumente, keine staatlichen Vorgaben!

Über wenig wird ja so viel Unsinniges erzählt wie über Innovationen. Ich darf daran erinnern: Innovation heißt nicht „Entdeckung“ oder „Erfindung“. Da sprechen die Anglophonen von „*invention*“. Innovation ist vielmehr die Erfindung oder Entdeckung, die auch am Markt erfolgreich ist. Sie kennen alle noch den Walkman von Sony? An dieser Stelle freue ich mal, dass unser Publikum beim Alter leicht über dem Durchschnitt liegt! Also, der Walkman ist eine deutsche Erfindung, aber keine deutsche Innovation. Zur „Innovation“ haben ihn andere gemacht, nämlich Sony aus Japan.

Aber zurück zum Thema: Die Landesregierung sollte also gar nicht erst versuchen, sowohl den Forschern und Tüftlern als auch dem Markt vorzuschreiben, was sie für zukunftssträftig hält. Das kann sie nämlich gar nicht. Die Landesregierung sollte Unternehmen vielmehr gute Rahmenbedingungen dafür bieten, schöpferisch tätig zu sein, zu entwickeln und zu forschen, auch in Kooperation mit Hochschulen. Sie sollte es Unternehmen erleichtern, diese Erfindungen dann möglichst schnell und gut an den Markt zu bringen. Und da sind wir beim Thema Finanzierung.

Das Land hat seine Innovationsstiftung aufgelöst und sich damit eines unkomplizierten Instrumentes selbst beraubt. Im Koalitionsvertrag finde ich hierzu kein Wort. Auch nicht zur steuerlichen Forschungsförderung! Bei der Technologiepolitik werden wir daher sehr genau hinschauen, wie diese „wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung“ konkret erfolgen wird.

Das Gleiche gilt auch für die Bildungspolitik. Die bildungspolitischen Ziele hätte ich mir mutiger gewünscht. Immerhin: Die neue Landesregierung

möchte die frühkindliche Bildung und die berufliche Orientierung weiter stärken. Was wir vermissen: einen klaren Fahrplan zum Ausbau der dualen Hochschulen. Was wir vermissen: eine Stärkung der ökonomischen Bildung. Und wir vermissen eine Stärkung der MINT-Kompetenzen – und zwar bei Kindern und Jugendlichen jeden Alters!

Die Begeisterung für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik kann gar nicht früh genug geweckt werden. Ich erinnere an dieser Stelle an die von mir beklagten unbesetzten Ausbildungsstellen, viele davon in sehr gut bezahlten industriellen Berufen. Solide MINT-Kenntnisse sind für diese Berufe unerlässlich!

Gerade in der Bildungspolitik fehlt es dem Koalitionsvertrag nicht an vielversprechenden Überschriften. Bei ersten Lesen ist mir die Überschrift „Selbstständigkeit von Schulen“ ins Auge gesprungen. Als ich den Absatz dann gelesen habe, fand ich keinen Hinweis, wie die Selbstständigkeit der Schulen aussehen soll. Das Gleiche gilt für die Überschrift „Wissens- und Technologietransfer fördern“. Im Text dann kein Wort zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers!

Von solcher Art „*name dropping*“ ist auch das Kapitel zur Sozial-Politik durchdrungen. Dass hier die alte Mär von den angeblich geschlechterdiskriminierenden Entgeltstrukturen wiederholt wird, ist so ein Beispiel. Auch sonst liest sich der Koalitionsvertrag in diesem Kapitel wie das SPD-Parteiprogramm. Da ist viel von „prekärer Arbeit“ auf der einen, und „guter Arbeit“ auf der anderen Seite zu lesen. Und selbstverständlich bekommt die Leih- und Zeitarbeit ihr Fett weg. Nein, mit diesen Seiten des Koalitionsvertrags sind wir nicht zufrieden.

Aber, ich erinnere an meine eigenen Eingangsworte zu diesem Thema: Vielleicht sollten wir von einem Koalitionsvertrag nicht zu viel erwarten. Es wird sehr darauf ankommen, was die Landesregierung aus dem Vertrag letztendlich macht, wie sie ihn in konkrete Politik umsetzt. Denn der Vertrag ist weniger ein präziser Fahrplan, sondern vielmehr eine oft nur angedeutet Skizze. Das kann eine Stärke des Vertrags sein, aber auch eine Schwäche.

Umso mehr, da wir gar nicht wissen, vor welchen Herausforderungen die Landesregierung in dieser Legislaturperiode noch stehen wird.

Ich wünsche der neuen Regierung in jedem Fall aus ganzem Herzen: Gutes Gelingen für die vielen Aufgaben! Arbeiten Sie so zusammen, dass es dem Land und seinen Menschen dient!

Ich versichere Ihnen gleichzeitig, dass wir in gewohnter Weise Sie konstruktiv, kritisch und vertrauensvoll begleiten werden.

Dieses Land hat eine ganz besondere politische Kultur hervorgebracht. Dazu zählt auch, dass die verschiedenen Akteure mehr miteinander als übereinander reden. An diese gute Tradition wollen wir sehr gerne auch in 17. Legislaturperiode anschließen!